



**Newsletter von Diana Golze
zu
bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen**



Liebe Leserinnen und Leser,

ich heiÙe Sie wieder herzlich willkommen zu meinem aktuellen Newsletter.

Von der parlamentarischen Sommerpause war bisher nicht viel zu spüren: Debatten zur Kindergelderhöhung, zur Verlängerung und Ausweitung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan, zur „richtigen“ Aufarbeitung der DDR-Geschichte sowie der Streik der Lufthansa bestimmen die Schlagzeilen. Und auch vor der Haustür passieren spannende Sachen: Die Kommunalwahl lässt grüÙen! Ich danke allen, die sich zur Wahl für DIE LINKE bereit erklärt haben und wünsche uns allen bis dahin noch einen schönen Sommer und viel Kraft für einen nicht nur wettermäÙig heißen Herbst!

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Diana Golze

„Lassen wir's sein“ tönt es von den Regierungsbänken?

Liebe Mitbürger, die Inflation grüÙt allerorten. Die Energiepreise klettern, die Lebensmittel werden teurer, an den Tanksäulen tränen uns die Augen, oder platzt uns der Kragen. Und die Politik stiehlt sich weitgehend aus ihrer Verantwortung. Sie wirkt hoffnungslos überfordert und hilflos. Das seien eben die Gesetze des globalen Marktes von Angebot und Nachfrage, so die ewige Litanei.

Es stellt sich die Frage: Leisten wir uns wirklich die Richtigen in der Verantwortung für eine soziale Gesellschaft? Meine Antwort ist eindeutig! Nur einige Anmerkungen: Es beginnt bereits bei den Grundfragen und Orientierungen: Wirtschaften zum Nutzen der Bürger und im Einklang mit der Natur? Die Wirtschaft als Mittel zum Zweck, nicht als Selbstzweck und schon gar nicht mit dem Anspruch auf das Primat? Inzwischen ist allgemein bekannt, dass sich die gesellschaftliche Differenzierung in Reiche und den VierFünftelRest dramatisch entwickelt. Diese zutiefst ungerechte, ja unmoralische Umverteilung von unten nach oben, auch von gemeinschaftlich nach privat, erfolgt über eine ganze Reihe von Mechanismen. Sie sind einschlägig bekannt. Der Reichtum der Vermögenden wächst unverhältnismäÙig. Jährlich wird so dem gesellschaftlichen Kreislauf Lebenskraft entzogen, die weder über Investitionen noch über den persönlichen Konsum zurückflieÙt; selbstverständlich auch von diesem und jenem global ausgerichteten Großunternehmen und durch ‚einfache‘ Steuerhinterziehung.

Natürlich muss auch dieses Kapital arbeiten, sprich gewinnbringend angelegt werden. Beispielsweise durch Kreditierung der Staatsverschuldung? Nur noch ein sehr geringer Teil flieÙt in die Realwirtschaft. Der Löwenanteil wird für spekulative Geschäfte auf den internationalen Finanzmärkten eingesetzt. Wen wundert es also, dass der Rohölpreis zum Beispiel nach zurückhaltenden Schätzungen heute bereits einen Spekulationsanteil von über 20 Prozent enthält. Jeder Arzt würde eine stark blutende Wunde mit dem Ziel behandeln, den Blutverlust zu stoppen. Ein Heizungsmonteur wird einen Wasserverlust in einem defekten Heizungskreislauf unterbinden, indem er das Leck repariert. Aber unsere für das Wohl unserer Gesellschaft Verantwortlichen sind wahre Wunderdoktoren. Verabreichen gewissermaßen Medikamente zur Blutverdünnung, um den Blutverlust noch zu beschleunigen. Der ‚Therapieerfolg‘ bleibt ihr Geheimnis. Sie erinnern mich an jenen Bauern, der den Tod seines Arbeitspferdes beklagte, nachdem er ihm endlich das Fressen abgewöhnt hatte. Genug Sarkasmus! Beständig werden gerechtere Steuern angemahnt, kürzlich erst aus dem Blickwinkel der Gerechtigkeits-Philosophie.

Es gibt jedoch eine ganze Kette von Regulativen für die Vitalisierung unserer Gesellschaft als Ganzes. Das erfordert gewiss erhebliche Anstrengungen, national wie im internationalen Rahmen, und wohl auch eine offensive Auseinandersetzung mit einer mächtigen Finanz- und Wirtschaftslobby. Packen wir's an? „Lassen wir's sein!“ scheint es mir aber von den Regierungsbänken zu tönen.

Horst Hiltbrich, Kleinmachnow - www.wache-buerger.de

28. September 2008 - Kommunalwahl in Brandenburg

Wenn im September in Brandenburg Kommunalwahlen stattfinden, dann wird über „Politik vor Ort“ entschieden, zumindest werden wichtige Weichenstellungen dafür vorgenommen. Recht unterschiedliche Parteien und Gruppen bewerben sich um Mandate in Ortsbeiräten, Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen. Auch DIE LINKE gehört dazu: Erstmals unter diesem Namen, aber seit 18 Jahren als linke Kraft in Brandenburg, die durch kompetente Arbeit und persönliche Glaubwürdigkeit ihrer Vertreter zunehmend Anerkennung findet und über erhebliches politisches Gewicht in der Kommunalpolitik verfügt. Gegenwärtig sind 960 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger als Vertreter für DIE LINKE in den Gemeindevertretungen und Stadtparlamenten Brandenburgs aktiv. Hinzu kommen 13 hauptamtliche und 11 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Mit dem Slogan „ORIGINAL SOZIAL“ wollen wir im Kommunalwahlkampf zeigen, dass wir einen Politikwechsel hin zu einer wirklich sozial gerechteren Politik anstreben.



Skurrile Sommerpause

In der sitzungsfreien Zeit des Bundestages werden von den Stallwachen der Parteien mitunter Themen in die öffentliche Debatte geworfen, die im politischen Alltagsgeschäft ansonsten nicht den Sprung in die Nachrichtensendungen oder auf die Zeitungsseiten geschafft hätten. Das wohl skurrilste Beispiel dieser Art war wohl die Forderung nach „Eingemeindung“ der Ferieninsel Mallorca als 17. deutsches Bundesland. Dieser Tage ließ CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla verkünden, seine Partei habe aus Fehlern der Vergangenheit gelernt. Wer aber nun eine kritische Abrechnung mit der neoliberalen Politik der Großen Koalition erwartet hat, wird enttäuscht. Pofalla teilte lediglich mit, die CDU plane für 2009 einen Blitzwahlkampf. Als Vorbild diene das Vorgehen von Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust (CDU), der mit einer vierwöchigen Blitzkampagne die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft im Februar dieses Jahres gewonnen hat.

ORIGINAL SOZIAL

Die CDU hatte bei der Bundestagswahl 2005 monatelang vor der SPD gelegen, aber zum Schluss den Vorsprung fast eingebüßt. Offenbar hat die Sommerpause den Blick des CDU-Generals etwas getrübt. Denn so überaus erfolgreich war das Abschneiden der Hamburger CDU nicht. Ole von Beust verlor die absolute Mehrheit und muss nun mit der Alternativen Liste (Grüne) regieren.

Zum Auftakt der gewöhnlich nachrichtenärmeren Sommerpause ließ der designierte SPD-Spitzenkandidat der Brandenburger SPD zur Bundestagswahl 2009, Außenminister Frank-Walter Steinmeier, verkünden, dass er nahe der Stadt Brandenburg seinen zweiten Wohnsitz genommen hat. Um Land und Leute besser kennen zu lernen, habe er eine Wohnung in einem alten Bauernhof in Saaringen gemietet. Ob diese Nachricht allerdings den Negativtrend der Sozialdemokraten aufhalten kann, bleibt abzuwarten. In jedem Fall ist es eine viel sagende Prioritätensetzung, wenn der Spitzenkandidat der SPD, also der **erste** Mann auf der Landesliste der märkischen Sozialdemokraten, im Brandenburgischen seine **zweite** Wohnung nimmt.



Diana Golze empfing Kinder aus Tschernobyl im Deutschen Bundestag.

JA zum Volksbegehren, JA zum Energiedialog

Mit der Ablehnung der Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“ stößt die Mehrheit im Landtag Brandenburg nicht nur die Initiatoren sowie die über 26.000 Unterstützer vor den Kopf, sondern jene fast zwei Drittel der brandenburgischen Bevölkerung, die den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung – bei gleichzeitigem Ausbau erneuerbarer Energien – wünschen. Dem gerade beginnenden Energiedialog und ihrer eigenen Glaubwürdigkeit hat die Koalitionsmehrheit damit einen Bärendienst erwiesen. Die Landtagsmehrheit wirft der Volksinitiative vor, nicht die richtige und notwendige Balance zwischen Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit einerseits und der unverzichtbaren Umwelt- und Klimaverträglichkeit der Energiewirtschaft andererseits zu ermöglichen. In Wirklichkeit ist es die Regierungskoalition, die einseitig den Interessen des Wirtschaftsunternehmens Vattenfall folgt. Selbst die Bundesregierung sieht den Ausstieg aus der Braunkohle-Verstromung bis 2050 vor – in Brandenburg soll dies offenbar nicht gelten. Man darf gespannt sein, wie die brandenburgischen Sozialdemokraten dies dem SPD-Bundesumweltminister Gabriel erklären wollen.

Kommunal-Kombi: Eine ernüchternde Bilanz

Ziel: 100.000 Stellen in den Jahren 2008 und 2009 in 85 Regionen und Städten mit sehr hoher Arbeitslosigkeit. Beantragt wurden bislang lediglich 3.721 Stellen, von denen das Bundesverwaltungsamt erst 1.446 genehmigt hat. Die Zurückhaltung war vorhersehbar. Erstens ist die Finanzlage von Städten und Landkreisen, in denen die Arbeitslosigkeit seit Jahren über 15 Prozent liegt, besonders angespannt. Sie gehören auch nicht zu denen, die von der insgesamt höheren Gewerbesteuererinnahme profitieren. Zweitens haben diese Regionen ein wirtschaftliches Strukturproblem. Und drittens ist zweifelhaft, ob die postulierten Einsparungen für die Kommune wirklich aufgehen. Denn es ist zu bezweifeln, dass bei den erzielten Einkommen keine Abhängigkeit von Transferleistungen bestehen wird. Letztendlich müssen die Kommunen erneut draufzahlen. Die Forderungen der Fraktion DIE LINKE:

- Den Einsatz der Milliardenüberschüsse der Bundesagentur für Arbeit zur Schaffung von nachhaltigen, zukunftsfähigen und existenzsichernden Arbeitsplätzen, auch im öffentlichen Dienst.
- Die Wiederaufgabe der kommunalen Investitionszuschüsse für Ostdeutschland und strukturschwache Regionen in Westdeutschland.
- Eine Verstärkung der Gewerbesteuererinnahmen durch eine Ausweitung des Kreises der Steuerpflichtigen und Erweiterung der Bemessungsgrundlage sowie die schrittweise Abschaffung der Gewerbesteuerumlage.

Hierzu muss der Bund den Städten und Gemeinden zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, damit sie wieder Menschen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse einstellen können. Denn der Kombilohn wird ebenso wie der öffentliche Dienst aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert.



Die NPD hat es sich zum Ziel gesetzt, zu den Kommunalwahlen 2008 viele Mandate zu gewinnen und damit den Einzug in den Landtag im Jahr 2009 vorzubereiten. In den letzten Jahren hat sich die NPD zur zentralen Kraft im rechtsextremen Spektrum der Bundesrepublik entwickelt. Im „Kampf um die Parlamente“ hat sie besonders im Osten Boden gut gemacht. Nunmehr will sie die Lücke ihrer parlamentarischen Präsenz zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen schließen, was es zu verhindern gilt!

Den Demokraten im Land muss klar sein – **die Stärke der NPD ist die Schwäche der Demokratie!**

Wir müssen die Demokratie vor Ort für die Bürger wieder attraktiv zu machen. Die Bildung von Netzwerken leistet dazu einen Beitrag. So wie es zum Beispiel mit der Kampagne „Potsdam sucht den Wählerstar“ für eine hohe Wahlbeteiligung, mit dem „Netzwerk tolerantes Teltow“, in Werder mit dem „Bürgerbündnis KURAGE – Kultur gegen Rassismus und Gewalt“, oder landesweit mit der Kampagne eines breiten Bündnisses von fast 40 Organisationen „Keine Stimme den Nazis – Weder im Parlament – Noch auf der Straße – Oder im Verein!“ bereits passiert.

Entscheidend ist, dass die Bekämpfung des Neofaschismus' und Rechtsextremismus' eine Alltagsaufgabe für alle Demokraten in allen gesellschaftlichen Bereichen wird. Dabei stehen Aufklärung, Bildung und Wertevermittlung an Hand der Verfassung im Vordergrund. Jedem muss klar sein, dass die NPD nicht zur Wahl antritt, um die Probleme der Menschen zu lösen, sondern um die Demokratie abzuschaffen und eine, auf der Ungleichheit der Menschen basierende, Diktatur zu errichten. Wohin das führt haben, wir in unserer Geschichte bitter erfahren müssen. Nicht zuletzt muss auch der Rechtsstaat weiter gestärkt werden. Wir brauchen die Aufnahme des Verbots der Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes in das Grundgesetz und in die Verfassung des Landes Brandenburg, um den Gegnern dieser Verfassungen Einhalt zu gebieten.

Andreas Bernig, Mitglied des Landtages, Sprecher für ein tolerantes Brandenburg, gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Gilt auch für Ferienjobs: Fordern statt Fördern

Eigentlich gehörte es immer mit zu den Sommerferien, dass man als Schülerin oder Schüler diese Zeit nutzte, um sich mit einem Ferienjob etwas Geld zu verdienen. Und es wäre sicher auch für die Jugendlichen aus Familien, die von ALG II leben müssen, eine gute Gelegenheit, das knappe Taschengeld aufzubessern oder sich den einen oder anderen Wunsch zu erfüllen. Der Gesetzgeber hat für diese besondere Form des Zuverdienstes eine kleine Lücke gelassen. Es wäre ohne weiteres möglich, die verdienten „Ferien-Euro“ rechnerisch auf einen längeren Zeitraum zu verteilen. Damit wären sie anrechnungsfrei.

Doch genau das wird anscheinend von den Grundsicherungsträgern nicht praktiziert. Diese Ungleichbehandlung greift die Fraktion DIE LINKE in einer Kleinen auf. Aus Sicht der Fraktion ist das Vorgehen der Grundsicherungsträger ein Rechtsverstoß. Deshalb wird auch nach möglichen rechtlichen Konsequenzen gefragt, die die Bundesregierung anstreben müsste.

Demokratie braucht Demokraten!

Demokratieinteressierte gesucht! Ich suche junge Menschen zwischen 16 und 20 Jahren aus Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, der Stadt Brandenburg an der Havel und dem Havelland, die sich am Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag vom 24. bis 28. November 2008 beteiligen wollen.

Die Teilnehmer sollten Erfahrung im journalistischen Arbeiten haben sowie kreativ und anspruchsvoll schreiben können. Um dich anzumelden, sendest du einen Medienbeitrag zu einem der fünf Themen ein: Jede Stimme zählt - Partizipation und Engagement; Der dritte Mann – Extremismus; Die deukische Generation – Integration; Demokratie 2.0 - Neue Beteiligungsformen im Web; Was braucht Demokratie, um zu gelingen? Anmeldeschluss für den Jugendmedienworkshop ist der 15. September 2008. Nähere Informationen zum Bewerbungsverfahren können abgerufen werden unter <http://bundestag.jugendpresse.de/de/bewerben/>.



Mehr über mich und meine Arbeit finden Sie unter www.diana-golze.de. Schauen Sie mal rein!

Impressum

Diana Golze (MdB)

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fon: 030 – 227 72 329

Fax: 030 – 227 76 329

E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2
14 712 Rathenow

Fon : 0 33 85 / 49 45 21

Fax : 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros finden Sie unter <http://www.diana-golze.de/kontakt/>

+++ einige Termine im August +++

- **12. August** – Internationaler Tag der Jugend
- **14. August** – Eröffnung einer Foto-Ausstellung der socialist-Gruppe Falkensee, Platz vor der Stadthalle, 15:00 Uhr
- **23. August** – Sommerfest der LINKEN Potsdam, Lustgarten, Am Neptunbassin, ab 14.00
- **23. August** – Landesarbeitsgemeinschaft Linke Behindertenpolitik, Giebelseehalle, Elbestraße 1, 15370 Petershagen/Eggersdorf, 11.00 Uhr bis 14.00 Uhr
- **30. August** – Friedensfest in Strausberg

+++ Spruch des Monats +++

„Eine Erhöhung um acht oder zehn Euro hat den Gegenwert von zwei Schachteln Zigaretten oder zwei großen Pils. Ich fürchte, das Geld kommt bei den Kindern in vielen Fällen nicht an.“ Peer Steinbrück